

Keine Demokratie ohne die KCK

von Selahattin Erdem

Ohne Zweifel ist die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK - Koma Civakên Kurdistan) eines der grundlegendsten Themen, die in der Türkei diskutiert werden. Justiz, Intellektuelle, Polizei und PolitikerInnen – sie alle analysieren aus dem eigenen Blickwinkel. Alle versuchen aus ihrer eigenen Sicht die KCK zu definieren und zu erklären, „wie gefährlich“ sie doch eigentlich sei. Es gleicht der Teufelssteinigung in Mekka! Das merkwürdige an der ganzen Sache ist, dass es nur eine Person gibt, die die KCK öffentlich unterstützt. Alle anderen kritisieren, bekommen nicht genug zu fragen „wieso kritisieren die Kurden nicht“. Es scheint wie ein Griff ins Leere zu sein.

Natürlich entspricht das nicht der Wahrheit. Die KCK bedeutet nicht „das Leere“. Aus diesem Grunde ist die Kritik auch kein „Griff“ ins Leere. Im Gegenteil, diejenigen, die die KCK kritisieren, wissen ganz genau, was sie tun! Die KCK verkörpert das Hauptthema und die Suche nach einer Lösung in der Türkei. An den letzten Diskussionen beteiligte sich auch Premier Erdoğan. Er erwähnte, dass „die KCK Operationen richtig seien und weiter gehen werden“. Er beschuldigte auch jene, die die KCK nicht kritisieren, dass sie „die KCK-Realität nicht begreifen“ würden und dass ein paralleler Staat zur türkischen Republik, nämlich die KCK, nicht akzeptiert werden könne.

Ob man dies befürwortet oder nicht – eine positive Sache haben diese Worte. Er versteckt sich nicht mehr hinter der Justiz in Sachen KCK-Operationen. Somit beweist sich auch, dass diese Operationen nicht im Rahmen von „juristischen Straftaten“ gemacht werden, sondern komplett politisch motiviert sind. Das ist ganz klar ein Geständnis, nämlich dass die Justiz für eigene politische Interessen ausgenutzt wird. Ein Gruß an jene die sagen, die AKP bringe Demokratie und sei besser als ihre Vorgänger ...

Wir teilen die Meinung des Premiers wenn er davon redet, dass die KCK nicht ganz verstanden wird. Aber wir sind auch der Meinung, dass er sie eben so wenig verstanden hat. Denn er nennt sie „paralleler Staat zur Türkei“.

Die KCK erklärt sich am besten als „demokratische Volksverwaltung“. Sie legt ganz offen dar, dass sie „kein Staat“ bzw. „gegen den Staat“ ist und auch keiner werden

will. Aber für den Blickwinkel, die jede Verwaltung als „Staat“ ansieht, ist sie natürlich ein „alternativer“ bzw. „paralleler“ Staat. Während Tayyip Erdoğan die KCK so beschreibt, setzen andere die PKK und KCK gleich. Das ist von Anfang bis Ende falsch. Jeder, der sich ansatzweise mit dem kurdischen Widerstand auskennt, sieht sofort, dass das nicht so ist. Die PKK ist ein philosophisch-ideologisches, auf Ausbildung basierendes, militantes Kader-Kollektiv; die KCK hingegen ist eine organisierte (demokratische) Gesellschaftsform. Die beste Übersetzung für KCK wäre „Demokratisches Kollektiv der Gesellschaft aus Kurdistan“. Hier liegt das Augenmerk auf „Kollektiv der Gesellschaft“, während bei der PKK das „Kollektiv von militanten Kadern“ im Vordergrund ist. Die PKK nimmt zwar an der KCK teil, aber organisatorisch kann die KCK nicht an der PKK teilnehmen bzw. würde dies den Rahmen der PKK sprengen.

Auch die Vergangenheit bestätigt, dass die PKK und KCK nicht ein und dasselbe sind. In der Vergangenheit gab es die ERNK (Eniya Rizgariya Netewiya - Nationale Befreiungsfront Kurdistans) zusammen mit der PKK. Während die PKK die kurdische Frage in Rahmen eines Staates lösen wollte, war die ERNK die Volksorganisation. Sie entsprach dem Volk, das von der PKK beeinflusst wurde. Jedoch war die PKK nicht dasselbe wie die ERNK. Damals gab es auch Leute die behaupteten, dass diese beiden dasselbe wären wie bspw. verschiedene türkische Regierungen. Doch haben sie sich nirgends (z.B. in Europa) mit dieser Behauptung durchsetzen können.

Auch wenn es nicht ein und dasselbe ist, kann man die KCK mit der ERNK vergleichen. Während die ERNK sich auf den Staat stützte, stützt sich die KCK auf die demokratische Gesellschaft. Während die ERNK nur jenes Volk repräsentierte, das sich zur PKK bekannte, ist die KCK hier viel breiter orientiert. Sie verbindet das organisierte Volk aus Kurdistan, egal ob es sich der PKK zugehörig fühlt oder nicht.

Ob es einem gefällt oder nicht, die KCK ist als Lösungsmodell vorgeschlagen von der PKK. Aus Sicht der PKK ist es das demokratischste Modell. Es fußt nicht auf der Teilung nach [Staats-]Grenzen, sondern auf die Bindung der Gesellschaft.

Sie setzt sich auch nicht als Ziel, den Staat zu zerstören, sondern

nimmt die „Staat + Demokratie“-Formel wahr. So nimmt sie die Gesellschaftsorganisation wahr. Die KCK ist also nicht, so wie Premier Erdoğan behauptet, „ein paralleler Staat“, sondern beschreibt sich als „Staat + Demokratie“ bzw. als „Demokratie parallel zum Staat“. Wenn es in dem Land eine Demokratie geben soll bzw. wenn es eine organisierte demokratische Gesellschaft in einem Staat geben soll, dann wird das die KCK sein. Das bedeutet, wenn es die KCK nicht gibt, dann gibt es auch keine Demokratie. Also wird es keine richtige Demokratie geben, wenn der Premier sein Vorhaben, nämlich „die KCK zu vernichten“, durchsetzt.

Manche sagen, „wir haben das Programm der KCK gelesen, sie ist nicht demokratisch“. Das kann sein, es gibt sicherlich anti-demokratische Seiten an der KCK. Sie behauptet von sich, dass sie das „demokratische Gesellschaftssystem“ ist, jedoch können Inkonsistenzen vorherrschen. Solche Sachen können diskutiert und kritisiert werden. Die KCK wurde nicht von göttlichen Kräften erstellt und kann Fehler aufweisen! Diese können aber korrigiert werden. Darüber hinaus ist die KCK theoretisch und praktisch nicht vollkommen vollendet. Deswegen ist sie bereit für Veränderungen in der praktischen Phase.

Weiterhin wird behauptet, dass die PKK mittels der KCK einen Teil der Türkei regieren will. Die KCK und auch die „Demokratische Autonomie“ dürfen so nicht verstanden werden. Die PKK hat in keiner Erklärung gesagt, dass sie „diesen und jenen Teil regieren“ will. Jedoch vertritt sie die These, dass das kurdische Volk sich selbst regieren soll. Dies ist auch nicht begrenzt auf das kurdische Volk. Die Forderung kann vielmehr so formuliert werden: „zivilgesellschaftliche Organisationen sollen mehr Einfluss haben, die demokratische Gesellschaft soll sich organisieren und alle Schichten der Gesellschaft sollen sich selbst regieren“. So werden auch echte Demokratie und Freiheit beschrieben, oder?

Die Zeit, in der alles von Ankara aus regiert wurde, sollte vorbei sein. In der modernen Zeit sollte sich jeder an der Regierung beteiligen (können). Aus diesem Grunde werden alle Teile der Gesellschaft, alle Völker und auch das kurdische Volk sich organisieren und ihre demokratische „Regierung“ bilden. Ob das nun

Meldungen:

Kandil: Zwei Zivilisten bei Bombardierungen der türkischen Luftwaffe verletzt
Kandil - Erneut wurden am Dienstagabend zivile Einrichtungen zum Ziel der türkischen Luftwaffe. Bei der Bombardierung des Kandilgebietes wurden zwei Zivilisten verletzt.

Die Dörfer Enzê, Meredor, Silê, Kontan und Süredê wurden bei dem Luftangriff, der etwa eine Stunde andauerte, beschossen. Durch die Angriffe wurden Ismail B. und sein Vater auf dem Feld der Familie schwer verletzt. Zudem wurden viele Tiere der Familie getötet.

Das türkische Militär bombardiert seit dem 17. August die Meder-Verteidigungsgebiete. Dort befindet sich auch eine Vielzahl von Dörfern. Am 21. August wurde bei Luftangriffen ein Zivilfahrzeug zum Ziel. Sieben Zivilisten, darunter vier Kinder, wurden dabei ermordet.

(ANF, 23.11., ISKU)

1.838 Verhaftungen in den letzten sieben Monaten

Die Verhaftungswelle gegen Mitglieder der Partei für Frieden und Demokratie BDP sowie weitere politische AktivistInnen hält weiter an. In den letzten sieben Monaten von März bis Oktober wurden bei den sogenannten „KCK-Operationen“ 4 547 Personen festgenommen, gegen 1 838 von ihnen wurde ein Haftbefehl ausgestellt. Laut Rechtskommission der BDP wurden im März 383 Personen festgenommen, 117 verhaftet, im April wurden 906 festgenommen und 406 verhaftet. Im Mai wurden 969 Festnahmen und 501 Verhaftungen gezählt, der Juni verlief mit 534 Festnahmen und 120 Verhaftungen, im Juli wurden 65 festgenommen und 44 verhaftet, im August stieg die Zahl der Festnahmen wieder auf 331, 74 wurden verhaftet, im September waren es 636 Festnahmen und 237 Verhaftungen und schließlich im Oktober wurden 717 Personen festgenommen und 332 Verhaftet.

(ANF, 24.11., ISKU)

BewohnerInnen des Dorfes Guzares: Die Soldaten warteten uns vor giftigem Wasser

Bei militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Guerilla der PKK und dem türkischen Militär waren zwischen dem 22. und dem 24. Oktober 37 Guerillakräfte durch den Einsatz chemischer Waffen ums Leben gekommen. Nun wurde bekannt, dass das türkische Mili-

Deutscher Staat setzt antikurdischen Terror fort

Am 26.11.11 zeigt sich erneut die Komplizenschaft zwischen dem deutschen und dem türkischen Staat. Demonstrationen in Berlin gegen das PKK Verbot wurden unter fadenscheinigen Begründungen untersagt. Zugleich wurde versucht, KurdInnen generell das Demonstrationsrecht an diesem Tag zu bestreiten. Das PKK-Verbot wurde zudem als Begründung für massive Angriffe auf eine antifaschistische Demonstration herangezogen. Einmal mehr zeigte sich, dass es sich beim PKK-Verbot nicht nur um eine Maßnahme gegen eine Partei handelt, sondern um ein Repressionsinstrument, das gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe und darüber hinaus generell beim Abbau demokratischer Rechte zum Einsatz kommt.

Internationalistische Demonstration gegen Staatsterrorismus
Am 26.11.11 fand eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Staat und Nazis Hand in Hand – Gegen Faschismus und Polizeistaat“ statt, die aufgrund der staatlichen Verquickung der neofaschistischen Terrororganisation NSU mit deutsche Behörden und Geheimdiensten auch eine Demonstration gegen Staatsterrorismus im allgemeinen – insbesondere der sog. Gladio Strukturen in Italien, Spanien, der Türkei und Kurdistan darstellte. Auch kurdische Vereinigungen hatten dazu aufgerufen, sich an dieser Demonstration zu beteiligen.

Kein Demonstrationsrecht für KurdInnen
Die Polizei versuchte von Anfang an, die antifaschistische Demonstration, zu behindern. Hierbei wurde unter den TeilnehmerInnen rassistisch selektiert. Den aus dem ganzen Bundesgebiet anreisenden kurdischen AktivistInnen wurde unterstellt, sie wollten gar nicht gegen Faschismus protestieren. Über 80 Busse wurden so an der Stadtgrenze von der deutschen Polizei abgefangen und trotz juristischer Intervention zurückgeschickt. Den InsassInnen dieser Busse wurde so systematisch das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung nach rassisti-

schen Kriterien verweigert. Vor dem Auftaktort fanden massive Polizeikontrollen statt, viele Betroffene berichteten hier schon vom schikanösen und beleidigenden Auftreten der Polizei. Neben der Tatsache, dass die Personalien vieler potentielle DemonstrationsteilnehmerInnen kontrolliert worden sind, wurden sie von der Polizei an die Wand gestellt und durchsucht, dabei wurden ihnen oft sogar die Schuhe ausgezogen. Beleidigende Polizeibeamte spielten sich als Politikommissare auf, indem sie durch Fragen zu beurteilen versuchten, ob die kontrollierten Personen denn auch das Demonstrationsziel verstanden hätten. Transparente wie „Gegen die Repression gegen kurdische Organisationen“ wurden beschlagnahmt, da diese Forderung nicht der Demonstrationszielstellung entsprächen. Die Polizei spielte sich hier als Zensurinstanz auf. Dies stellt eine absolut inakzeptable Einmischung des Staates in das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit dar. Trotz alledem nahmen mindestens 4000 AnhängerInnen kurdischer Vereinigungen, sozialistischer Gruppierungen und AntifaschistInnen an der Demonstration teil. Schon zu Beginn der Demonstration versuchte die Polizei, diese wegen kurdischsprachiger Parolen nicht loslaufen zu lassen und setzte damit die Eskalationslinie fort. Schließlich setzte sich die Demonstration unter Parolen wie „Hoch die internationale Solidarität“ und „Antifasist Gençlik Enternasyonal“ in Bewegung. Viele TeilnehmerInnen solidarisierten sich mit der kurdischen Freiheitsbewegung und riefen auch Parolen gegen den Krieg in Kurdistan, gegen die Repression gegen KurdInnen und das PKK-Verbot. Bereits nach ersten Provokationen türkischer Faschisten, die aus Fenstern mit Flaschen u.ä. auf die Demonstration warfen, Fahnen und den Gruß der Grauen Wölfe zeigten, ging die Polizei massiv mit Pfefferspray gegen wütende Demonstranten vor. Stellenweise griffen türkische Faschisten und deutsche Polizisten die Demonstration in Tateinheit an. Mehrfach griff die Polizei

die Demonstranten wegen gezeigter Symbole der kurdischen Befreiungsbewegung an. Die DemonstrantInnen wehrten sich mit Böllern und Flaschen gegen die Polizeiangriffe. Insbesondere jugendliche TeilnehmerInnen waren erschüttert und wütend, als sie mit ansehen mussten, wie die deutsche Polizei auf alte Menschen und Kinder prügelte und große Mengen Pfefferspray einsetzte. Dabei kam es zu einer mindestens in den Dutzenden liegenden Anzahl von Verletzten. Über hundert wurden von der den etwa 2000 eingesetzten Beamten fest- oder in Gewahrsam genommen. Nach Ende der Demonstration kam es zu einem weiteren schweren Übergriff türkischer Faschisten. Sie verletzten einen kurdischen Jugendlichen mit einem Messer, so dass dieser zur Behandlung ins Krankenhaus musste. Ein Dutzend junger Kurdinnen und Kurden besetzten daraufhin einen Verein der faschistischen „Grauen Wölfe“ in der Oranienstrasse. Die jungen Männer und Frauen wurden von Spezialeinheiten der Polizei mit gezogenen Waffen festgenommen. Menschen die sich vor dem Verein mit den KurdInnen solidarisierten und antifaschistische Parolen riefen, wurden von der Polizei mit Pfefferspray und Schlägen misshandelt. Dabei kollabierte ein festgenommener Antifaschist und musste ärztlich versorgt werden. Der Tag war geprägt von massiver Polizeigewalt. Dennoch bewerten wir diesen Tag als Erfolg, denn es ist uns gelungen, trotz aller Verhinderungsversuche der Polizei und Justiz ein kraft- und wirkungsvolles Zeichen internationaler Solidarität zu setzen. Wir solidarisieren uns mit den TeilnehmerInnen der Demonstration und mit den Forderungen der verbotenen Demonstration „PKK-Verbot abschaffen – Demokratie stärken“ – denn die kurdische Freiheitsbewegung ist eine emanzipatorische, antifaschistische Kraft im mittleren Osten, wie auch in Europa und es ist unsere Aufgabe als Linke, diese Werte gemeinsam entschlossen zu verteidigen. (Kurdistan Solidari tãtskomitee Berlin, 26.11.2011)

tär nach dem Angriff mit Chemiewaffen die DorfbewohnerInnen in der Nähe des Operationsgebietes im Kazan-Tal davor warnte, aus dem Fluss des Tales zu trinken, da das Wasser vergiftet worden sei. Eine weitere Guerillagruppe, die drei Tage nach den Angriffen das Operationsgebiet besichtigt hatte sprach davon, dass die Spuren eines chemischen Waffeneinsatzes offensichtlich gewesen sind. Sidar, Mitglied der Gruppe, die das Gebiet nach den Angriffen besuchte, berichtete der Nachrichtenagentur ANF: „Wir beobachteten die Bombardierung von unserer Stellung aus. Aber wir wussten nicht, dass sich in dem Gebiet auch unsere Freunde aufhielten. Nach der Bombardierung sind wir zu fünf in das Kazan-Tal gegangen.“ Er wies darauf hin, dass die Wirkungen der Chemiewaffen weiterhin zu spüren waren, obwohl mittlerweile drei Tage seit der Bombardierung vergangen waren. „Die Leichname der Freunde waren an einem Punkt versammelt. Einige lagen auch in der Gegend verteilt herum. Es waren dort 13 Leichname. Das Gebiet wurde so stark bombardiert, dass die Felsen die Freunde getroffen hatten. Die Leichname von vielen Freunden waren völlig zerstückelt. Das war ein grausames Bild.“
Von den Dorfbewohnern des Dorfes Guzareş erfuhren Sidar und seine Freunde: „Wir sprachen mit den Menschen des Dorfes Guzareş. Sie sagten uns, dass sie von den Soldaten gewarnt worden seien, dass sie das Wasser des Flusses weder trinken noch anrühren sollten, denn es sei vergiftet.“
(ANF, 24.11., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
YÖP Yeni Özgür Politika

Termine:

In den nächsten Wochen finden bundesweit zahlreiche Veranstaltungen statt, die wir hier aus Platzgründen nicht alle veröffentlichen können. Wir verweisen daher auf die Termin-Seite unter: www.isku.org

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der Informationsstelle Kurdistan
Stahlwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Stenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

→ Keine Demokratie ohne die KCK

KCK heißt oder anders, ist nicht wichtig. Wichtig ist der demokratische Kern.
Gut oder schlecht: Die PKK schlägt ein Modell zur Lösung der kurdischen Frage vor. Dieses heißt KCK oder Demokratische Autonomie. Aber jene, die dieses kritisieren, denen das nicht gefällt, alle politischen Parteien und JournalistInnen haben keinen eigenen Vor-

schlag. Selbst keinen Vorschlag haben, aber andere kritisieren! Nun, da kann man doch fragen: „Wo ist euer Projekt!“ Die AKP behauptet, dass sie eine neue Verfassung ausarbeitet. Wie wird sie die kurdische Frage lösen wollen? Wie werden demokratische Rechte und Freiheit aussehen? Die AKP sollte diese Fragen einmal beantworten!

Alles in allem kann gesagt werden, dass es keine demokratische Lösung der kurdischen Frage geben kann, wenn es keine KCK gibt! Das bedeutet also, dass es keine Demokratie und Einheit in der Türkei geben wird! Eine Türkei ohne KCK wird eine geteilte, faschistische Türkei sein! Jetzt ist es an der Zeit, diese Fakten zu sehen und einige Tabus zu brechen! (YÖP, 21.11, ISKU)